



| Bezirk Nordrhein-Westfalen

extra metall nachrichten

POLITIK FÖRDERT LEIHARBEIT, BEFRISTUNG UND WERKVERTRÄGE

ARBEIT – SICHER UND FAIR!

Die Zahl der Leiharbeiter überschreitet die Millionengrenze. Bald jede/r Fünfte in der Metall- und Elektroindustrie hat keine sichere und fair bezahlte Arbeit mehr. Betriebe steigern den Anteil von Leiharbeit, Befristung und Werkverträgen. Qualität, Wert und Würde von Arbeit werden zu Fremdwörtern – gerade für die junge Generation.

Arbeitsplätze: immer öfter unsicher und schlecht bezahlt

Schon für ein Drittel der jungen Menschen scheint ein Vollzeit Arbeitsplatz nicht erreichbar. 70 Prozent der Metall- und Elektrounternehmen nutzen Leiharbeit, um billig und ohne Verpflichtung zu beschäftigen. Diesem Trend stellt sich die IG Metall entgegen. Wir erwarten von der Politik die Reform des Leiharbeitsrechts, die Eingrenzung unsicherer Billigjobs und der weit reichenden Befristungsoptionen.

Von den Arbeitgebern fordern wir:

- **Festeinstellungen statt Leiharbeit**
- **Unbefristete Arbeitsplätze statt Befristungen**
- **Einstellungen im Betrieb statt Billigarbeit über Werk- und Dienstleistungsverträge**
- **Übernahme in feste Beschäftigung statt Nichtübernahme und Befristung nach der Ausbildung**

Wir brauchen Lösungen – jetzt!

Der Bund gibt jährlich elf Milliarden Euro für so genannte „Aufstocker“ aus. Beschäftigte, deren Einkommen so gering sind, dass sie davon nicht leben können. Ursachen sind Leiharbeit und Niedriglöhne. Der Gesetzgeber kann durch „Equal Pay“ und Mindestlöhne diesem Skandal einen wirkungsvollen Riegel vorschieben. CDU/CSU und FDP weigern sich bisher, im Vermittlungsausschuss entsprechend zu handeln. Deshalb müssen wir Druck entwickeln. Die Menschen brauchen jetzt Regelungen gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Lohndumping.



*Oliver Burkhard,
Bezirksleiter*

IG Metall Nordrhein-Westfalen

Es ist höchste Zeit!

In der Stahlindustrie haben wir es bereits erreicht, wie auch in immer mehr Betrieben der Metall- und Elektroindustrie. Wir machen Ernst mit dem Anspruch: „**Gleiches Geld für Gleiche Arbeit**“ für Leiharbeiter – per Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarung.

Jetzt ist die Politik dran.

Aber in allen Betrieben muss Schluss damit sein, Menschen nach Beschäftigten erster und zweiter Klasse zu sortieren. Das ist unfair und ungerecht. Das beschädigt die Würde jedes Einzelnen und widerspricht dem europäischen Recht. Klar ist: Über 80 Prozent der Menschen in unserem Land wollen das Unrecht beendet sehen.

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

der **24. Februar 2011** ist der Tag, um unserem Anspruch an die Politik Nachdruck zu verleihen. Ich bitte Dich um Deine Unterstützung dabei. Je mehr Menschen sich engagieren, desto mehr Bewegung werden wir bei der Politik erreichen.





Wir wollen keine Politik, die ungerecht und teuer ist

Die Entwicklungen sind das Ergebnis verfehlter Politik. Wir brauchen wieder Rahmenbedingungen, die Arbeit sicher und fair machen. Wir brauchen Gesetze, die verhindern, dass es Arbeitnehmer erster und zweiter Klasse gibt. Für sichere und faire Arbeit tragen Arbeitgeberverbände, Unternehmen und Politik die Verantwortung.

Den Missbrauch stoppen:

- statt Leiharbeit
 - statt Befristungen
 - statt Werkverträgen
 - statt Nichtübernahme der Auszubildenden
- Arbeit – sicher und fair!**

Höchste Zeit für bessere Gesetze

Im Februar und März entscheidet der Bundestag über die Leiharbeit. Der unübersehbare Missbrauch durch Unternehmen soll neue Grenzen gesetzt bekommen. Das, was Ministerin von der Leyen dazu vorlegt, erfüllt nicht den Anspruch, die Spaltung in Beschäftigte erster und zweiter Klasse zu stoppen. Der Gesetzentwurf entspricht nicht den Minimalanforderungen der EU, die das deutsche Leiharbeitsrecht für unzulässig hält. Arbeitsministerin von der Leyen verhindert nicht den Missbrauch – sie öffnet das Tor zu weiterem Abbau von Stammarbeitsplätzen. Das ist die falsche Richtung. Das bedroht alle Beschäftigten.

Protest ist notwendig

Mit möglichst vielen Beschäftigten werden wir die Politik zum Handeln im Sinne der Menschen auffordern. Zusammen mit Betriebsräten, Vertrauensleuten, Jugend-, Auszubildenden- und Schwerbehindertenvertretungen bereiten wir einen bundesweiten betrieblichen **Aktionstag am 24. Februar** vor.

Unterstützen Sie die Aktionen der IG Metall

Handeln Sie und setzen Sie ein Zeichen. Nehmen Sie an den Aktionen in Ihrem Betrieb teil. Beteiligen Sie sich mit Ihrer Stimme an unserer Leiharbeitsinitiative unter

www.gleichearbeit-gleichesgeld.de
und **www.igmetall.de**

2,3 Millionen Menschen setzen sich in einer starken Gewerkschaft für Ihre Interessen ein.

Sie gehören noch nicht dazu?

Ihr Betriebsrat, Ihre Vertrauensleute der IG Metall oder Ihre Verwaltungsstelle informieren Sie über die Leistungen und die Vorteile einer Mitgliedschaft.

